



**Antworten der
Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Netzwerkes Grundeinkommen
zur Europawahl 2014**

- 1. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Grundrecht auf ein Leben in Würde, wie es in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union dargelegt wird, für alle EuropäerInnen zu garantieren?**

Antwort:

Für uns ist der Grundsatz der Chancengleichheit und der Nichtdiskriminierung von wesentlicher Bedeutung. Jede Form des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit oder der Diskriminierung ist völlig abzulehnen. Wir unterstützen die volle Gleichbehandlung von Männern und Frauen und die Achtung der sprachlichen, kulturellen und religiösen Vielfalt in Europa. Wir billigen ganz entschieden das Kapitel Solidarität, weil für uns das Soziale unbedingt mit dem Wirtschaftlichen einhergehen muss. Wir forderten dies jedoch unter Wahrung der jeweiligen Zuständigkeiten der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten, und ohne Versprechungen abzugeben, die wir nicht halten können. Ferner bemühten wir uns darum, dass die wirtschaftliche Basis der Union offenkundig bleibt. Besonders wichtig sind uns dabei das Eigentumsrecht – einschließlich des Rechts auf geistiges Eigentum – und das Grundrecht auf unternehmerische Freiheit, da sie die in den Verträgen allen Unionsbürgern garantierten konstitutiven Rechte für den Binnenmarkt betreffen, nämlich die unternehmerische Freiheit, die Niederlassungsfreiheit, die Dienstleistungsfreiheit und die Warenverkehrsfreiheit.

- 2. Wie steht Ihre Partei angesichts der heutigen Beschäftigungsverhältnisse und der unzureichenden Systeme der Einkommenssicherung (bedingt, bedürftigkeitsorientiert, nicht hoch genug) zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Europa?**
- 3. Hält Ihre Partei wissenschaftliche Forschung zum bedingungslosen Grundeinkommen als Instrument zur Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme für sinnvoll?**
- 4. Hat Ihre Partei die Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen unterstützt, mit der rund 300.000 Bürgerinnen und Bürger der Forderung nach der Erforschung eines Weges zu emanzipatorischen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen in der EU mittels eines bedingungslosen Grundeinkommens Nachdruck verliehen haben? Wenn ja wie? Wenn nein, warum nicht?**
- 5. Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen des Europäischen Parlaments gefassten Entschließung über Mindesteinkommen vom**

Jahr 2010, in der das Parlament die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auffordert, "zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden"? Siehe Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI)).

- 6. Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages, beschlossen durch das Europäische Parlament, ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei ergriffen, um die Bundesregierung zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?**
- 7. Hat Ihre Partei das Europäische BürgerInnen-Manifest für Demokratie, Solidarität und Gleichheit zur Kenntnis genommen, in dem die Bürgerinnen und Bürger Europas u. a. die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf europäischer Ebene fordern? Haben Europaabgeordnete Ihrer Partei Kontakt mit den Organisatorinnen und Organisatoren des Manifests aufgenommen, um sich über die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger Europas auszutauschen und politische Initiativen, zum Beispiel zum Grundeinkommen, zu ergreifen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?**
- 8. Viele namhafte WissenschaftlerInnen haben sich weltweit für ein Grundeinkommen ausgesprochen, unter ihnen mindestens sieben Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften. Es gibt immer mehr Forschung zu diesem Thema. Die Literatur zu ökonomischen, sozialen, politischen, ethischen und rechtlichen Aspekten des Grundeinkommens wächst. (Wie) will ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Europa befördern?**
- 9. Welche konkreten Vorstellungen zum Grundeinkommen sind im Programm Ihrer Partei zur Wahl des Europäischen Parlaments enthalten? (Bitte Textstellen und Links angeben.)**
- 10. In der ganzen Welt schließen sich mehr und mehr Menschen in Netzwerken zusammen, um das Grundeinkommen durchzusetzen. Das deutsche Netzwerk Grundeinkommen wurde 2004 gegründet. Es ist der deutsche Zweig des Basic Income Earth Network**

(BIEN). Pilotprojekte zeigen, dass ein Grundeinkommen ein geeignetes Instrument zur Erreichung des UN-Millenniumsziels 1 (Bekämpfung von extremer Armut und Hunger) ist. Wie bewertet Ihre Partei ein Grundeinkommen im Hinblick auf die Armutsbekämpfung sowie die Einhaltung der Menschenrechte?

Wegen des inneren Zusammenhangs der Fragen 2 bis 10, die sich alle auf den Wunsch bzw. Aktivitäten zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens beziehen, haben wir deren Beantwortung zu einem Fließtext zusammengefasst, der unsere grundsätzliche Einstellung widerspiegelt:

Für die CSU ist und bleibt die Soziale Marktwirtschaft Maßstab ihres Handelns. Sie ist für uns die Grundlage sozialer Gerechtigkeit, denn Solidarität braucht eine ökonomische Basis. Dank der Sozialen Marktwirtschaft ist Deutschland ein weltweit wirtschaftlich erfolgreiches Land und kann deshalb seinen Bürgerinnen und Bürgern einen hohen sozialen Standard bieten. Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität sind für uns untrennbar miteinander verbunden. Unser Grundgesetz verpflichtet den Staat, jene zu unterstützen, die sich ohne eigenes Verschulden aus eigener Kraft nicht helfen können. Für uns ist es selbstverständlich, dass jeder, der unverschuldet seine Arbeit verliert und trotz größter Bemühungen den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt über einen längeren Zeitraum hinweg nicht schafft, die Unterstützung der Gesellschaft verdient. Es ist wichtig, denen zu helfen, die unverschuldet in Not geraten, aber es ist ebenso wichtig, den Menschen Selbstständigkeit und Eigenverantwortung für sich und ihre Angehörigen einzuräumen.

Die Mittel, die der öffentlichen Hand von den Bürgerinnen und Bürgern für die Erfüllung staatlicher Aufgaben zur Verfügung gestellt werden, müssen von diesen erst erwirtschaftet werden. Mit ihrer solidarischen Leistung legen sie die Grundlagen zur Unterstützung derjenigen, die unverschuldet in Not geraten. Ein funktionierender Sozialstaat setzt also voraus, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, eigenverantwortlich für sich zu sorgen und gleichzeitig etwas für diejenigen abzugeben, die darauf angewiesen sind. Entscheidend ist deshalb das grundsätzliche Bestreben, seinen Lebensunterhalt nach Möglichkeit aus eigener Kraft verdienen zu wollen und sich dafür auch zu engagieren. Unser Sozialstaatsprinzip gibt niemandem das Recht, auf Kosten der Gemeinschaft zu leben, solange er sich selbst helfen kann.

Selbstverständlich sind wir jederzeit gerne bereit, Hinweise und Anregungen zur künftigen Ausgestaltung unserer Sozialen Marktwirtschaft aufzunehmen und dazu Diskussionen auch

auf parlamentarischer Ebene zu führen und zu vertiefen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen widerspricht aber unserem Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft und wird von uns abgelehnt.